

„Kein Studieren mehr auf Österreichisch“

Universitätenkonferenz fordert strengeres Studienrecht.

WIEN Die **Universitätenkonferenz (Uniko)** plädiert für Änderungen im Studienrecht. Unter anderem sollen die Zahl der Prüfungsantritte auf zwei reduziert und Konsequenzen für jahrelange Prüfungsaktivität eingeführt werden, erklärte **Uniko-Präsident** Oliver Vitouch. In der Forschung müsse anteilmäßig mehr Geld für die Grundlagenforschung zur Verfügung stehen.

Insgesamt fasst Vitouch die Probleme im Uni-Bereich auf zwei Punkte zusammen: Das „Studieren auf Österreichisch“ und das „Forschen auf Österreichisch“. Er verlangt daher eine „beherzte Strukturreform im Bereich des Studienrechts“. In keinem anderen Hochschulsystem der Welt gebe es bei Prüfungen bis zu vier Wiederholungsmöglichkeiten, könne man jahrelang keine Prüfung absolvieren oder beliebig viele Studien inskribieren. „Die hohe Zahl der Wiederholungsmöglichkeiten führt dazu, dass man es einmal – relativ wenig vorbereitet – probiert, weil es ja eh nicht ernst ist.“

Das österreichische System mit einem gebührenfreien Studium sei nur dann sinnvoll, wenn dieses intensiv absolviert, relativ schnell abgeschlossen und mit einem anschließenden Berufseinstieg verbunden werde: „Das funktioniert aber nicht bei diesen Abbrecherquoten und Studiendauern“, meint Vitouch. Dies hänge auch mit der



Die Zahl der Prüfungsantritte sollte laut dem Präsidenten der Universitätenkonferenz, Oliver Vitouch, auf zwei reduziert werden.

Berufstätigkeit vieler Studenten zusammen. Es sei auch eine Illusion, dass man mit einem 30- oder 40-Stunden-Job ein oder zwei Studien absolvieren könne. Vitouch will daher bewusst zwischen Vollzeit- und Teilzeitstudierenden unterscheiden. Teilzeitstudenten sollen um einen bestimmten definierten Zeitraum länger studieren dürfen.

Zur Forschung erklärt Vitouch, die Grundlagenforschung sei „sehr bescheiden dotiert“. In den vergangenen Jahren seien vor allem die Mittel für betriebliche Forschungsförderung stark gestiegen. Diese würden sich hauptsächlich auf die Produktentwicklung beziehen. „Das ist nicht unwichtig, aber nicht besonders nachhaltig und hat auch wenig mit Forschung zu tun.“



Kommentar
Julia Ortner

Minderjährige Flüchtlinge – die verlorenen Kinder

Über ein Kind zu schreiben, das Suizid begangen hat, tut mir weh und ist eine ethische Gratwanderung. Weil es nur fassungslos macht, wenn ein Kind keine Hoffnung mehr sieht; und weil

„Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sind oft verloren im System und bleiben sich selbst überlassen.“

Journalisten mit Berichten über Suizide besonders zurückhaltend sein müssen, um nicht andere Menschen, die in einer Krise sind, vielleicht zu beeinflussen. Dennoch, über jenen elfjährigen Buben aus Afghanistan, der am Sonntag vor einer Woche in Baden an seinem Leben verzweifelte, soll man schreiben. Um all jene geflohenen jungen Menschen mit ihren Nöten nicht auszublenden – und zu vergessen.

Andere Elfjährige haben Freizeitstress zwischen Fußball, Freunden und Musikunterricht, der junge Afghane kümmerte sich um seine Geschwister und dolmetschte bei Behördengängen, er soll als Einziger der Familie ausreichend Deutsch gesprochen haben. Er lebte seit 2016 mit sechs Geschwistern in Baden, beide Eltern sind tot. Die Bezirkshauptmannschaft übertrug die Obsorge über die Geschwister von sieben bis 16 Jahren dem ältesten Bruder, aber der 23-Jährige dürfte damit überfordert gewesen sein. Es soll laut Ö1 mehrmals Gefährdungsmeldungen gegeben haben, auch wegen eines neunjährigen Bruders mit Downsyndrom. Die Volksanwaltschaft prüft den Fall.

Hinter dieser tragischen Geschichte steht mehr als ein Einzelschicksal. Bei der Obsorge minderjähriger Flüchtlinge kommt es in der Praxis zu schwierigen

Situationen, gerade auch, wenn die Verantwortung von der Behörde an Geschwister übertragen wird. Wie zum Beispiel in jenem Fall Anfang 2017, bei dem die BH Baden einem 18-jährigen Afghanen die Obsorge für seine beiden krebserkrankten Schwestern übertragen hatte.

Unter den geflohenen Kindern gibt es viele, die keine älteren Geschwister haben. Die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge – im Amtsdeutsch UMF – machten 2015, zur Zeit der großen Fluchtbewegung, elf Prozent von allen aus, die hierzulande einen Asylantrag gestellt hatten. Sie sind oft verloren im System und bleiben sich selbst überlassen, sagen Asylexperten. Gesetzlich wird den Minderjährigen eine Obsorge zur Seite gestellt, in den meisten Bundesländern übernimmt diese Aufgabe automatisch das Jugendamt, wie in Wien. Hier gibt es Projekte, bei denen Kinder in Familien aufgenommen werden, das Jugendamt führt das Asylverfahren, die Pflegefamilie kümmert sich um Wohlergehen und Erziehung.

Sinnvolle Maßnahmen, um die Situation der verlorenen Kinder zu verbessern. Ein Grundproblem bleibt laut der „Asylkoordination Österreich“ allerdings, dass minderjährige Flüchtlinge quasi als „halbe Kinder“ behandelt werden und man weniger Ressourcen in sie investiert. Sollten diese jungen Leute, die in großer Zahl bleiben werden, keine Perspektive bekommen, darf man sich nicht wundern, wenn sie in unserer Gesellschaft nie ankommen werden.



JULIA ORTNER
julia.ortner@vn.at

Julia Ortner ist Journalistin mit Vorarlberger Wurzeln und lebt in Wien. Podcast: @ganzoffengesagt

EU will Briten mit Handelspakt locken

BRÜSSEL Die EU ist laut Chefunterhändler Michel Barnier bereit, für die Zeit nach dem Brexit ein „höchst ehrgeiziges“ Handelsabkommen mit Großbritannien abzuschließen. Entscheidende Voraussetzung dafür sei aber die Bereitschaft Großbritanniens zur Einhaltung von EU-Standards bei Themen wie Gesundheit, Umwelt und Arbeitnehmerrechten.

Amtsenthhebung von Mugabe wird eingeleitet

HARARE Nach dem verweigerten Rücktritt von Präsident Robert Mugabe in Simbabwe bereitet dessen Partei eine formelle Amtsenthebung vor. Am Montag kursierte ein Entwurf der regierenden Partei ZANU-PF für ein entsprechendes Verfahren. Darin heißt es, von Mugabe gehe Unsicherheit aus. Er missachte die Rechtsstaatlichkeit und sei für den historischen wirtschaftlichen Absturz verantwortlich. Fraktions-

geschäftsführer Lovemore Matuke sagte der Nachrichtenagentur Reuters, noch im Laufe des Tages würden die ZANU-PF-Abgeordneten beginnen, eine Strategie zur Amtsenthebung zu entwerfen.

Mugabe berief nach Angaben eines Regierungsvertreters für Dienstag sein Kabinett ein. Der 93-Jährige steht derzeit unter Hausarrest. Er regiert das Land seit der Unabhängigkeit von Großbritannien 1980.

Neue Standorte für EU-Agenturen

EMA übersiedelt nach Amsterdam, EBA nach Paris.

BRÜSSEL Das Los hat entschieden: Die in London ansässige EU-Arzneimittelbehörde wird nach dem Brexit ihre neue Heimat in Amsterdam finden. Der Abstimmungspoker der EU-Staaten am Montag in Brüssel brachte in der dritten Runde ein Unentschieden zwischen der niederländischen Hauptstadt und Mailand, deshalb wurde gelost. Italien reagierte enttäuscht auf die Niederlage. Mehrere Politiker kritisierten, dass eine derart wichtige Entscheidung wie der neue Sitz einer EU-Behörde per Los getroffen werden dürfe.

Auch bei der anschließenden Wahl über den künftigen Sitz der EU-Bankenaufsicht EBA entschied das Los: Sie wird von London nach Paris umziehen. Gelost werden musste nach einem Punktegleichstand mit der irischen Hauptstadt Dublin in der dritten Abstimmungsrunde der 27 EU-Staaten – ohne Großbritannien. Das Glück lag aufseiten der Franzosen.

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron teilte via Twitter mit, „glücklich und stolz für unser Land“ zu sein. Es handele sich um die „Anerkennung der Attraktivität und des europäischen Engagements Frankreichs“.

Wien gleich ausgeschieden

Wien hatte für beide EU-Agenturen als neuer Standort kandidiert, ist jedoch bei beiden gleich in den ersten Runden ausgeschieden. Finanz-

minister Hans Jörg Schelling (ÖVP) zeigte sich vom Abstimmungsergebnis über die EU-Agenturen „sehr überrascht“. Er gratulierte den Siegern Amsterdam und Paris, bezeichnete das Ergebnis aber zugleich als „eigentlich ein Favoritensterben“. Österreich habe versucht, im Hintergrund Allianzen zu schmieden, zum Teil seien aber Zusagen anderer Länder schon vorhanden gewesen. „Da dürften andere besser gearbeitet haben.“



Noch ist das Hauptquartier der EU-Arzneimittelagentur (EMA) in London. Ihre neue Heimat wird die niederländische Hauptstadt Amsterdam.

KURZMELDUNGEN

Für Landtagswahlen drei Termine fixiert

WIEN Vier Bundesländer wählen nächstes Jahr ihre Landtage – und mit dem Kärntner Beschluss von Montag sind drei Termine fix. Den Anfang machen die Niederösterreicher am 28. Jänner, am 25. Februar wählt Tirol und am 4. März Kärnten. In Salzburg haben sich die Parteien auf den 22. April verständigt, beschlossen ist dieser Termin noch nicht.

376 Millionen neue Wiener Schulden

WIEN Die Wiener Finanzstadträtin Renate Brauner (SPÖ) präsentierte am Montag den Budgetvoranschlag für das Jahr 2018. Dieser sieht Einnahmen von 13,363 Milliarden Euro und Ausgaben von 13,739 Milliarden Euro vor. Daraus ergibt sich eine geplante Neuverschuldung von 376 Millionen Euro. Die Opposition wird dem Voranschlag nicht zustimmen. FPÖ, ÖVP und Neos bezweifeln, dass die Stadregierung den Weg Richtung Budgetkonsolidierung einschlagen wird.

FRAGE DES TAGES

Soll eine Pensionsreform durchgeführt werden, um die Staatsschulden besser in den Griff zu bekommen?

Ja 35%
Nein 65%
957 Teilnehmer

HEUTIGE FRAGE Sollen Studierende, statt bisher vier, nur noch zwei mögliche Prüfungsantritte pro Fach haben?
Antwortmöglichkeiten bis 19 Uhr auf fragedestages.vol.at

INHALT

Wohin	D4, 5
Leserbriefe	C7
Kino	D4
Chronik	B4
Notdienste	D5
Todesanzeigen	B5-7
TV-Programm	B8
Impressum	D3
Leserservice	B4
Sudoku	B4
Kreuzworträtsel	C6